



LANDKREIS LÜNEBURG  
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Voltmann-Hummel, Inge Datum: 27.09.2022	<b>Antrag</b>	<b>2022/240</b>
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

**Beratungsgegenstand:**

Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2022 zum Thema "Überdurchschnittlichem Krankenstand in der Kreisverwaltung entgegenwirken" (im Stand der 2. Aktualisierung vom 26.09.2022)

**Produkt/e:**

**Beratungsfolge**

**Status Datum Gremium**

N	04.07.2022	Kreisausschuss
Ö	07.07.2022	Kreistag
Ö	21.09.2022	Ausschuss für Finanzen, Personal, Innere Angelegenheiten und Digitalisierung
N	10.10.2022	Kreisausschuss
Ö	13.10.2022	Kreistag

**Anlage/n:**

**Aktualisierter Beschlussvorschlag nach den Beratungen im AFP am 21.09.2022:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € für folgende Maßnahmen zu verwenden.

1. Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) unter Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen der gesetzlichen Krankenkassen.
2. Schaffung spezieller Angebote und Maßnahmen für besonders betroffene Berufsgruppen, z.B. mit Hilfe zielgerichteter Ergonomieschulungen.
3. Befristete Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Koordinatorin für das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) von 19,5 auf 29,25 Wochenstunden, zur Intensivierung der Wiedereingliederungsbemühungen für Langzeiterkrankte.
4. Verwendung der Mittel für die weitere Ausstattung mit ergonomischer Büroausstattung, sofern der

originäre Haushaltsansatz nicht auskömmlich sein sollte.

5. Etablierung verpflichtender Führungskräftebildungen, die sich auf Präventionsmaßnahmen und Sensibilisierung für eine qualifizierte Früherkennung von Krankheitsbildern sowie eine adäquate und wertschätzende Mitarbeiterführung fokussieren.

Darüber hinaus soll jährlich über die Entwicklung des Krankenstandes im Ausschuss für Finanzen, Personal, Innere Angelegenheiten und Digitalisierung berichtet werden.

#### **Beschlussvorschlag Antragsteller:**

1. Der Landrat wird aufgefordert, den hohen Krankenstand der Mitarbeiter der Kreisverwaltung bis zum 31.12.2023 zumindest auf den Durchschnitt aller niedersächsischen Landkreise zu reduzieren.

2. In der Kreistagssitzung am 28.08.2022 stellt er dazu ein Konzept mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen vor. Über den Prozess wird im AFP fortlaufend berichtet.

3. Die im Haushalt 2022 zunächst für Organisationsuntersuchungen in den Fachdiensten 02, 35 und 45 vorgesehen Mittel in Höhe von 50 000 € werden für diesen Zweck vorgesehen. Der hierauf beruhende Beschluss des Kreistages wird insoweit geändert. Der Landrat wird gebeten, seine Haushaltssperre diesbezüglich aufzuheben.

#### **Sachlage:**

Die Landkreise stehen mit dem Beginn der Coronakrise personell unter Druck. Das gilt jedoch für alle Landkreise. Die Kreisverwaltung Lüneburg weist überdurchschnittlich hohe Fehlzeiten seiner Belegschaft durch Krankheit auf. Dies kann durch Umstände, die auch in anderen Kreisverwaltungen zu beobachten sind, nicht erklärt werden. Deswegen muss den Ursachen auf den Grund gegangen und systematisch gegengesteuert werden. Ziel ist die Arbeitszufriedenheit der Belegschaft zu verbessern und die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen.

#### **Aktualisierung vom 26.09.2022:**

Entsprechend der Beratungen im Ausschuss für Finanzen, Personal, Innere Angelegenheiten und Digitalisierung vom 21.09.2022 wurde der Beschlussvorschlag aktualisiert. Auf den Fehlzeitenreport (Anlage) wird verwiesen.

#### **Aktualisierung vom 08.09.2022:**

#### **Stellungnahme und möglicher Maßnahmenkatalog der Verwaltung**

Aufgrund des Antrags der SPD-Fraktion vom 21.06.2022 zum Thema „Überdurchschnittlichem Krankenstand in der Kreisverwaltung entgegenwirken“, wurde eine umfangreiche Auswertung und Analyse der Fehlzeiten der Mitarbeitenden der Kreisverwaltung durchgeführt.

Im Ergebnis lassen sich insbesondere zwei Gruppen von Mitarbeitenden erkennen, die den Krankenstand des Landkreises Lüneburg maßgeblich beeinflussen:

1. Langzeiterkrankte Mitarbeitende
2. Mitarbeitende mit körperlicher Betätigung (insbesondere Mitarbeitende des Betriebs Straßenbau und -unterhaltung und die vorhandenen Reinigungskräfte).

Eine Zusammenfassung der Auswertungsergebnisse wird im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal, Innere Angelegenheiten und Digitalisierung vorgestellt.

Sofern durch den Ausschuss empfohlen wird, die vorgesehenen Mittel in Höhe von 50.000 € für die Senkung des Krankenstandes zu verwenden, erscheinen aufgrund der vorliegenden Daten die nachfolgenden Maßnahmen sinnvoll:

6. Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)<sup>1</sup> unter Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen der gesetzlichen Krankenkassen.
7. Schaffung spezieller Angebote und Maßnahmen für besonders betroffene Berufsgruppen, z.B. mit Hilfe zielgerichteter Ergonomieschulungen.
8. Befristete Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Koordinatorin für das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) von 19,5 auf 29,25 Wochenstunden, zur Intensivierung der Wiedereingliederungsbemühungen für Langzeiterkrankte.
9. Verwendung der Mittel für die weitere Ausstattung mit ergonomischer Büroausstattung, sofern der originäre Haushaltsansatz nicht auskömmlich sein sollte.
10. Etablierung verpflichtender Führungskräftebildungen, die sich auf Präventionsmaßnahmen und Sensibilisierung für eine qualifizierte Früherkennung von Krankheitsbildern sowie eine adäquate und wertschätzende Mitarbeiterführung fokussieren.

Nachrichtlich ist dieser Vorlage zudem eine umfangreiche Darstellung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden der Kreisverwaltung im Anhang beigefügt.

---

<sup>1</sup>Das BGM verfolgt das Ziel, die Strukturen, Prozesse und betrieblichen Rahmenbedingungen der Kreisverwaltung so zu entwickeln, dass Arbeit und Organisation gesundheitsförderlich gestaltet werden können. Damit werden gesundheitsfördernde Einzelmaßnahmen zu einem ganzheitlichen Ansatz gebündelt und die Beschäftigten der Kreisverwaltung werden zu einem gesundheitsförderlichen Verhalten befähigt. Mögliche Maßnahmen sind die Durchführung von Themenprojekten und unterschiedliche Einzelmaßnahmen. Zum Beispiel: Gesundheits-Screening für die Mitarbeitenden zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen (z.B. Blutdruckmessung, Hautscreening, Herz-Kreislauf-Screening, Körperanalysewaage), Unterstützung bei der Durchführung von Gesundheitstagen praxisnahe Workshops, Online-Seminare und Fachvorträge (z.B. Thema Stress und Entspannung, gesunder Schlaf), Angebote zu den Themen Bewegung und Ergonomie (z.B. Ergonomieberatung, Rückenurse, Brain Fit), usw.



SPD-Fraktion  
Auf dem Meere 14/15  
21335 Lüneburg

Landkreis Lüneburg  
Herrn Landrat Jens Böther  
Auf dem Michaeliskloster 4  
21310 Lüneburg

Lüneburg, den 21. Juni 2022

### **Antrag zur Sitzung des Kreistages am 7. Juli 2022**

Sehr geehrter Herr Landrat Böther,  
zur o.a. Sitzung des Kreistages stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

#### **Überdurchschnittlichem Krankenstand in der Kreisverwaltung entgegenwirken**

1. Der Landrat wird aufgefordert, den hohen Krankenstand der Mitarbeiter der Kreisverwaltung bis zum 31.12.2023 zumindest auf den Durchschnitt aller niedersächsischen Landkreise zu reduzieren
2. In der Kreistagsitzung am 28.08.2022 stellt er dazu ein Konzept mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen vor. Über den Prozess wird im AFP fortlaufend berichtet.
3. Die im Haushalt 2022 zunächst für Organisationsuntersuchungen in den Fachdiensten 02, 35 und 45 vorgesehen Mittel in Höhe von 50 000 € werden für diesen Zweck vorgesehen. Der hierauf beruhende Beschluss des Kreistages wird insoweit geändert. Der Landrat wird gebeten, seine Haushaltssperre diesbezüglich aufzuheben.

#### **Begründung**

Die Landkreise stehen mit dem Beginn der Coronakrise personell unter Druck. Das gilt jedoch für alle Landkreise. Die Kreisverwaltung Lüneburg weist überdurchschnittlich hohe Fehlzeiten seiner Belegschaft durch Krankheit auf. Dies kann durch Umstände, die auch in anderen Kreisverwaltungen zu beobachten sind, nicht erklärt werden. Deswegen muss den Ursachen auf den Grund gegangen und systematisch gegengesteuert werden. Ziel ist die Arbeitszufriedenheit der Belegschaft zu verbessern und die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Josef Kamp  
Gruppensprecher

SPD-Fraktion im Lüneburger Kreistag | Auf dem Meere 14/15 | 21335 Lüneburg | Tel.: 0170 99 74 303  
[Franz-Josef.Kamp@Kreistag-Lueneburg.de](mailto:Franz-Josef.Kamp@Kreistag-Lueneburg.de) | [Dr. Inge Voltmann-Hummes@Kreistag-Lueneburg.de](mailto:Dr.Inge.Voltmann-Hummes@Kreistag-Lueneburg.de)

## Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und zum Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Lüneburg

### Maßnahmen Arbeitsschutz

Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen

- „Allgemeine“ Gefährdungsbeurteilung (fortlaufende Ergänzungen erfolgen regelmäßig)
- Mutterschutz
- Psychischen Belastung am Arbeitsplatz (Ergänzung der Gefährdungsbeurteilung um diesen Bereich in Bearbeitung; die Ausschreibung der Leistung externer Begleitung läuft derzeit)

Maßnahmen, die bei Bedrohungen/Gewalt ergriffen werden:

- Erteilung von Hausverboten
- Meldung beim Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover; zur Traumabehandlung können Sitzungen bei einem Psychologen bzw. einer Psychologin bewilligt werden
- Angebot der Supervision
- Beauftragung eines Sicherheitsdienstes an den Gebäuden (nach Androhung von Taten „mit Termin“)
- Begleitung von Außendienstterminen durch einen externen Sicherheitsdienst seit 2021 oder Polizeibegleitung
- Angebot verschiedener Fortbildungen im hausinternen Fortbildungsprogramm
- Handlungsanweisung bei Gewalt am Arbeitsplatz
- Erstellung eines Sicherheitskonzeptes ist in Bearbeitung

Organisation von Vorsorgen (Vorsorgeuntersuchungen; siehe dazu Aufzählung Betriebsärztin)

Impfangebote

- Corona
- Grippe

Organisation der Ergonomieberatung am Arbeitsplatz auf Wunsch

Organisation der Durchführung von Arbeitsplatzbegehungen

Gesundheitsdienliche Büroausstattung als Standardausstattung

- höhenverstellbarer Schreibtische
- Zweiter Monitor
- Ergonomische Maus auf Antrag

Kostenübernahme für Bildschirmarbeitsplatzbrillen bei festgestellter Notwendigkeit  
Ausstattung mit Berufsbekleidung inklusive persönliche Schutzausstattung (PSA)

Erste-Hilfe

- Organisation von Schulungen
- Beschaffung von Material
- Beschaffung von Defibrillatoren

Corona:

- Erstellung eines Hygienekonzeptes Kreisverwaltung und Umsetzung/Überprüfung der Einhaltung

- Testangebote weit über das vorgeschriebene Maß (Testung ist an jedem Tag der Präsenzarbeit möglich)
- Zurverfügungstellung von Masken (OP und FFP2)
- Regelmäßige Information der Mitarbeitenden über geltende Regelungen per Email

Zurverfügungstellung von Fahrrädern und Pedelecs im kreiseigenen Fuhrpark (laufender Prozess; Stand 2022: sechs Fahrräder und 5 Pedelecs, die Anschaffung eines Lastenfahrrades wird geprüft)

Einweisung der Nutzerinnen und Nutzer in neue Fahrzeuge des Fuhrparks

Organisation von Brandschutz Helfer-Schulungen

Durchführung einer jährlichen Brandschutzübung in Gebäuden der Kreisverwaltung

Prüfung der elektrischen Betriebsmittel der Kreisverwaltung und Außenstellen

Einführung einer elektronischen Schließanlage und eines Zugangkontrollsystems mit Gegensprechanlage und Klingelkamera für die Kernverwaltung (im Jahr 2022 erfolgt)

Abschluss einer Kooperation mit dem Landkreis Harburg – Nutzung der Zentralen Vergabestelle beim Landkreis Harburg durch die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung (Abschluss im Jahr 2022; organisatorische Umsetzung der Vereinbarung mit dem Landkreis Harburg in Arbeit)

Regelmäßig tagender Arbeitsschutzausschuss

### **Betriebsärztin (Leistung extern vergeben)**

Durchführung der Vorsorgen:

- Hörtest
- Atemschutz
- Bildschirmarbeit
- Tätigkeit mit Infektionsgefährdung und Angebot zu Impfungen, falls empfohlen
- Asbest
- Nacht- und Schichtarbeit
- UV-Schutz

Beratungsangebote:

- Allgemeine gesundheitliche Fragen (Sprechstunde)
- Corona-Sprechstunde
- Beratung zu Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz

Begehungen:

- Beurteilung der Arbeitsplatzgestaltung
- Infektionsschutz

Betriebsärztliche Untersuchungen zu verschiedenen personalrechtlichen Fragestellungen

Mitwirkung beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM)

Mitglied im Arbeitsschutzausschuss

### **Fachkraft für Arbeitssicherheit (Leistung extern vergeben)**

Beratungsangebote:

- Ergonomieberatung
- Allgemeine Arbeitsabläufe

Begehungen:

- Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Arbeitsschutz
- Beratung bei der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsstätten und sozialen und sanitären Einrichtungen.
- Umzüge
- Umbaumaßnahmen

Unterweisungen:

- Jährliche Arbeitssicherheitsunterweisung der Führungskräfte
- Spezielle Unterweisungen beim Gebrauch von Maschinen mit erhöhtem Gefahrenpotential, inkl. Erstellung der erforderlichen Betriebsanweisungen
- Spezielle Unterweisungen Gefahrenstoffe
- Schulung zum Umgang mit Feuerlöschern
- Jährliche Brandschutzübung

Mitglied im Arbeitsschutzausschuss

### **Sicherheitsbeauftragte (Schulhausmeister/Hausmeister)**

Prüfung der Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz; erster Ansprechpartner zu Fragen der Arbeitssicherheit vor Ort

Ein Hausmeister ist Mitglied im Arbeitsschutzausschuss

### **Maßnahmen Organisationsentwicklung**

Durchführung von Geschäftsprozessoptimierungen

Mitwirkung bei der Aufgabenkritik

Durchführung von Stellenbewertungen

Durchführung von Stellenbemessungsverfahren / Stellungnahmen zur Schaffung von Neustellen

Anpassung der Anzahl der Leerstellen im Stellenplan, vermehrt Ausschreibung unbefristeter Stellen

Begleitung externer Organisationsuntersuchungen

Bearbeitung der Anträge zum Betrieblichen Vorschlagswesen; ein Budget für die Prämierung von Vorschlägen steht zur Verfügung

Durchführung von Mitarbeiter- und Kundenbefragungen

In der Umsetzung bzw. Einführung/Umsetzung ist geplant:

Beginn der hausweiten Einführung von Dokumentenmanagement in der Verwaltung (DMS) ab 2. Halbjahr 2022 sowie die interne Verwaltungsmodernisierung (z. B. Umsetzung OZG, Projekt- und Prozessmanagement, z. B.

Einführung einer Prozessmanagementsoftware zur Aufnahme der Prozesse der Kreisverwaltung ab November 2022 - Thema Wissensmanagement-) zur Flexibilisierung der Arbeitsgestaltung und besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Begleitung/Federführung von Veränderungs- und Optimierungsprojekten im Zusammenhang mit der Digitalisierung

Ganzheitliches Kompetenzprogramm im Bereich Digitalisierung für Mitarbeitende

### **Maßnahmen Personalentwicklung**

Auszeichnung als familienfreundlicher Arbeitgeber im Jahr 2020 (für den Zeitraum 2019-2021); Engagement und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (FaMi-Siegel), derzeit Arbeit an der Auszeichnung für die Jahre 2022 - 2024

Leistungsorientierte Bezahlung nach TVöD (LOB)

Individuelle Personalentwicklung, wie Einzel-, aber auch Teamcoachingangebote/Teamentwicklung  
Supervision für bestimmte Beschäftigtengruppen  
Kollegiale Beratung  
Arbeitsplatzanalysen mit Folgemaßnahmen  
Bearbeitung hausinterner Umsetzungen

Ausrichtung von Gesundheitstagen (Durchführung ca. alle 3 Jahre)

Hausinternes Fortbildungsprogramm mit Angeboten zum Stressmanagement und mentaler Gesundheit, Bewegung/Sportgruppen, Arbeitsorganisation &-effizienz, Selbstorganisation, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesundheitsorientierte Mitarbeiterführung sowie Self-Care Challenge

Fortbildungsangebot für Führungskräfte  
Einzelmaßnahmen der Personalentwicklung für Führungskräfte

Betriebssportgruppe Laufen

Anpassung der Dienstvereinbarung über Arbeitszeiten/Arbeitszeitenregelung Sommer- und Winterzeit (Beginn bereits ab 6:30 Uhr möglich) seit 2021

Abbau von Mehrarbeit und Überstunden

Anpassung von Öffnungs- und Erreichbarkeitszeiten in Organisationseinheiten

Neue Dienstvereinbarung ab 2022 zur Regelung der Befreiung von Beschäftigten bei der Heranziehung von Rufbereitschaften und Bereitschaften

Neue Dienstvereinbarung ab 2022 über die Regelung des Winterdienstes und der Notfallrufbereitschaft im Bereich der Verkehrssicherung der Kreisstraßen des Landkreises Lüneburg durch die Mitarbeitenden des SBU

Aufgabenwahrnehmung Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) im Umfang einer 0,5 VZÄ

Weitere Maßnahmen/Angebote in der Bearbeitung bzw. deren Einführung/Umsetzung geplant ist:

Angebot Mobile Arbeit (Dienstvereinbarung voraussichtlich ab Mitte September 2022);

damit verbunden – Erarbeiten eines Raumkonzeptes für die Kreisverwaltung (in Arbeit)

Einführung eines Onboarding-Konzeptes (in Arbeit; Einführung steht noch im Jahr 2022 bevor)

Überarbeitung der Dienstvereinbarung zur Vorbeugung und im Umgang mit Suchtproblemen am Arbeitsplatz (in Arbeit); damit verbunden die Ausbildung betrieblicher Suchthelfer/innen

Vereinbarkeitslotsen Pflege und Beruf (Ausbildung abgeschlossen, Beratungsangebote in Erstellung)

Angebot von Fahrradleasing für die Tarifbeschäftigten (Projekt beginnt im 2. Halbjahr 2022)

Einführung Betriebliches Gesundheitsmanagement

Einführung eines Firmenfitness-Programms (z. B. Hansefit)

Ganzheitliches Fortbildungsprogramm: Mentoring und Kollegiale Beratung (als Teil des ganzheitlichen Fortbildungsprogramms)

Bedarfsgerechte Qualifizierung/Weiterqualifizierung von Bestandspersonal

Kompetenzmanagement (Kompetenzprofil/Anforderungsprofil)

Konzept zur Führungskräfteentwicklung; darin enthalten gesundheitsorientierte Mitarbeitendenführung

Führung auf Probe / Führung auf Zeit

Employer Branding – Arbeitgebermarke; zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und Senkung von Vakanzen

Thema Chancengleichheit (Vielfalt/Diversity, AGG, Interkulturelles, gleichgeschlechtliche Lebensweisen) weiter ausbauen

### **Maßnahmen der Führungskräfte**

Leitung der jeweiligen Organisationseinheit nach außen und innen, hier insbesondere:

Führen der jährlichen Mitarbeitergespräche und sonstiger diverser Gespräche zur Umsetzung sämtlicher Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen, Richtlinien usw.

Führen fachlicher Dienstbesprechungen, Treffen von Entscheidungen u. a.

Arbeitssicherheitsunterweisung bei Einstellung und danach jährliche Wiederholung der Arbeitssicherheitsunterweisung der Mitarbeitenden

Bearbeitung/Erarbeiten von Lösungsvorschlägen zu Überlastungsanzeigen in Abstimmung mit der jeweiligen Bereichsleitung